

Probleme und Perspektiven des Beitritts Polens zur Europäischen Union

Beitrittschhemmnis Umweltstandards?

Polen gehört zu den wichtigsten mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittskandidaten. Der Umweltbereich gehört dabei zu den schwierigsten Bereichen, daher hat sich die heiße Verhandlungsphase über die Angleichung der Umweltgesetzgebung lange verzögert und gerade erst begonnen. Ein auch quantifiziertes Szenario verdeutlicht die wesentlichen Herausforderungen.

N Von Jan Nill, Benjamin Lünenbürger
und Ulrich Petschow

neue Mitglieder der EU müssen sich vollständig an das Regelwerk der EU, den sogenannten *acquis communautaire* anpassen. Der Umweltschutz gehört zu den Dimensionen der EU-Osterweiterung, die trotz bekannter Probleme lange vernachlässigt wurden (1). Inzwischen wendet sich jedoch das Blatt. Insbesondere im Fall Polen wird die Übernahme der Europäischen Umweltpolitik als eines der gravierendsten Hemmnisse eingeschätzt. Während die bilateralen Beitrittsverhandlungen seit 1998 laufen, haben die Verhandlungen über den Umwelt-*acquis* erst Ende 1999 begonnen. Nach einem Screening des Anpassungsbedarfes und Positionspapieren beider Seiten geht es jetzt um das Eingemachte, wobei insbesondere die Frage möglicher Übergangsfristen im Mittelpunkt steht (2).

Polen hat sich vor allem in der ersten Hälfte der 90er Jahre in der Region umweltpolitisch profiliert. Die Umweltschutzinvestitionen sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen, in US-Dollar umgerechnet betrug das Investitionsvolumen 1998 2,5 Milliarden Dollar, was 1,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmacht (3). Dieser Wert liegt höher als in den meisten westeuropäischen Staaten. Gleichwohl verläuft die Angleichung der Rechtsvorschriften langsamer als in den übrigen Kandidatenländern. Im Herbst 1999 waren erst 10 von 130 anzupassenden gesetzlichen Bestimmungen voll mit dem Umwelt-*acquis* kompatibel.

► Probleme der Angleichung

Derzeit schätzt die EU-Kommission die Situation wie folgt ein: Im Wassersektor fehlen die Rahmengesetze, Teilvorschriften im kommunalen Abwasserbereich und bezüglich Nitraten sind aber auf ministerieller Ebene vorhanden. Im Abfallsektor ist die Rahmengesetzgebung zum Teil umgesetzt. In den Bereichen Luft und Lärm sind hingegen wenig konkreten Fortschritte erzielt worden. Positiv wirkt

sich hingegen eine Verwaltungsreform aus. Gleichwohl werden die Kapazitäten der Umweltverwaltung noch als ungenügend eingeschätzt.

Im polnischen Positionspapier von Oktober 1999 werden entsprechend lange Übergangsfristen gewünscht. Sie betreffen mit 14 Richtlinien und Verordnungen fast alle investitionsintensiven Umweltbereiche und sind umfassender als in anderen Beitrittsländern. Dabei werden im Abwasserbereich Übergangsfristen bis 2015 gewünscht. Etwas kürzere Fristen betreffen u.a. die Bereiche Sonderabfälle (2012), Nitratreduktion (2010), integrierte Vermeidung und Verminderung (2010) und verschiedene Kraftstoffrichtlinien (2009) (4).

► Beitrittschilfen durch die EU

Um den schwierigen Angleichungsprozess zu unterstützen, vergibt die Europäische Union Beitrittschilfen. Diese fallen jedoch geringer aus als bei früheren Erweiterungen und sind an Bedingungen gebunden. Polen kann ab diesem Jahr mit einer deutlichen Erhöhung der Fördermittel rechnen.

Von besonderer Relevanz ist dabei das strukturpolitische Instrument ISPA (Instrument for Structural Pre-Accession Aid), das zur Hälfte für Umweltschutzinvestitionen genutzt werden soll. Nach den Kenngrößen der EU werden hierfür auf Polen zwischen 2000 und 2006 jährlich zwischen 150 und 185 Millionen Euro entfallen. Die Mittelvergabe läuft jedoch nur zögerlich. Neben zwei Verkehrsprojekten, auf die über 80 Prozent der bisher gebundenen Mittel entfallen, wurden bisher nur für ein Wasserprojekt 32,5 Millionen Euro bewilligt.

Ergänzt wird ISPA weiterhin durch das PHARE-Programm. Dieses unterstützt neben Infrastrukturinvestitionen auch den Institutionenaufbau durch sogenannte „twinning-Initiativen“.

Trotz der skizzierten Beitrittschilfen wird das Finanzierungsproblem auch weiterhin ein Haupthemmnis des Angleichungsprozesses darstellen, da der wesentliche Investitionsbedarf erst noch auf Polen zukommt. Dies zeigt ein Szenario, das im Rahmen

eines von der Fachhochschule Lausitz koordinierten Forschungsprojektes vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung erstellt wurde (5).

► Ein Szenario

Aufgrund der vorliegenden Informationen ist mit einem EU-Beitritt Polens frühestens Anfang 2003, realistischere jedoch eher 2004 bzw. sogar erst 2005 zu rechnen. Bis dahin wird auch der Großteil der EU-Umweltgesetze in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Dies wird von polnischer Seite auch angestrebt. Allerdings ist dabei mit erheblichen Übergangsfristen bis zum tatsächlichen Inkrafttreten zu rechnen. Die vorliegenden Erfahrungen mit früheren Beitritten deuten jedoch – wie auch aktuelle Äußerungen aus der EU selbst – darauf hin, dass diese in der Regel nicht länger als 7 bis 8 Jahre währen werden.

Das quantitative Szenario des polnischen Umweltschutzinvestitionsbedarfs beschränkt sich auf die wesentlichen Umweltbereiche Wasser, Abfall und Luft. Der Zeithorizont ist 2010, da dann auch die inhaltliche Übernahme des *acquis* weitgehend abgeschlossen sein dürfte. Längerfristig wird der Angleichungsprozess die Haupttriebkraft für Umweltinvestitionen in Polen generell darstellen. Für die quantitative Abschätzung können die vorliegenden Kostenschätzungen der Übernahme des *acquis* als Ausgangspunkt genommen werden. Als Referenz dient dabei überwiegend eine Studie des niederländischen TME Instituts von 1999. Ergänzend werden andere Studien, etwa eine Weltbankstudie von 1999, einbezogen (6).

Tabelle 1: Szenario des polnischen Umweltschutzinvestitionsbedarfs bis 2010

[in Mio. DM]	Investitionsbedarf
Wasser	23.179
Trinkwasser	5.697
Abwasserbehandlung	3.039
Kanalisation	9.505
Nitrate	4.937
Abfall	7.227
Deponiesanierung	4.049
Recycling/ Kompostierung/	3.010
Kontrolle	
Gefährliche Abfälle	168
Luft	21.991
Großfeuerungsanlagen	6.759
Integrierte Vermeidung	13.548
und Verminderung	
Luftqualität	1.684
Gesamt	52.397

Quelle: eigene Berechnungen aufgrund der Studien aus Anm. 6

Insgesamt ist demzufolge in Polen bis 2010 mit einer durch den Beitritt bedingten Investitionsnachfrage im Umweltbereich von über 50 Milliarden DM zu rechnen (vgl. Tabelle 1). 45 Milliarden DM dürften eine Untergrenze darstellen, während die Obergrenze schwerer bestimmbar ist. Das Investitionsvolumen teilt sich zu je über 40 Prozent auf die Bereiche Wasser und Luft auf. Auf deutlich höhere Werte vom ca. 80 Milliarden DM bis 2015 kommt ein Szenario der Weltbank, das allerdings auf anderen Annahmen hinsichtlich der erforderlichen Anpassungen beruht.

Bei den Zahlenangaben zu berücksichtigen ist einerseits, dass viele Bereiche des *acquis* noch gar nicht erfasst werden. Andererseits ist die Annahme, dass das gesamte Potenzial bis 2010 realisierbar ist, eher optimistisch. Hier ist vor allem das Finanzierungsproblem zu nennen. Dies könnte dazu führen, dass selbst bei nominell kurzen Übergangsregelungen die praktische Implementierung 2010 noch deutlich zurückhängt.

Der Beitritt Polens zur EU erweist sich somit als komplexer Prozess. Umweltschutz ist eines der

harten Themen der Beitrittsverhandlungen, da die bestehenden Unterschiede hier groß sind und die Anpassung kostspielig sein wird. Zugleich wird hierdurch in Polen eine stark wachsende Nachfrage nach Umweltschutzgütern entstehen, die für Unternehmen in EU-Ländern, eine Exportchance darstellt.

Anmerkungen

(1) Vgl. hierzu auch Nill, Jan/ Petschow, Ulrich: Die vernachlässigte Dimension der EU-Osterweiterung. In: *Ökologisches Wirtschaften* Nr. 1/1999, S. 5-6.

(2) Für eine ausführliche Darstellung des folgenden vgl. Nill, Jan/ Lünenbürger, Benjamin/ Petschow, Ulrich: Ein Szenario der Rolle des Umweltschutzes beim EU-Beitritt Polens. Schriftenreihe des IÖW 154/00, Berlin 2000.

(3) Vgl. Jedrysik, Eugeniusz: Der Nationale Fond für Umweltschutz als Finanzierungsinstrument der Umweltpolitik Polens. In: Europäische Akademie für städtische Umwelt Berlin (Hrsg.): *Infrastruktur im Wandel. Ergebnisse einer Tagung*. EA.UE Berlin 1999, S. 23-32.

(4) Vgl. auch Homeyer, Ingmar von/ Klasing, Anneke/ Kempmann, Lena: EU Enlargement: Screening Results in the Environmental Sector. In: *Environmental Law International Newsletter* Nr. 2/1999, S. 43-47.

(5) Das Szenario ist ein Baustein des Projekts „Markterkundung im Umweltbereich für kleine und mittlere Unternehmen aus Brandenburg in Polen“, das unter Leitung von Prof. Dr. Stefan Zundel von der Fachhochschule Lausitz 1999 bis 2000 im Rahmen des BMBF-Programms Anwendungsbezogene Forschung an Fachhochschulen durchgeführt wurde. Für eine ausführliche Darstellung von Annahmen, Methoden und Detailergebnissen vgl. Nill/ Lünenbürger/ Petschow (siehe Anm. 2).

(6) Vgl. Jantzen, Jochem: *Cost of Compliance with EU environmental directives in Poland*, paper for seminar 10.3.99 at the Polish Ministry for Environmental Protection, TME 1999; Hughes, Gordon/ Bucknall, Julia: *Poland, Complying With EU Environmental Legislation*. ECSSD Working Paper No. 14, The World Bank, Washington 1999.

Die Autoren

Jan Nill und Ulrich Petschow sind wissenschaftliche Mitarbeiter am IÖW. Benjamin Lünenbürger studiert Volkswirtschaft an der TU Berlin.

Kontakt: IÖW, Potsdamer Str. 105, 10785 Berlin. Tel. 030/ 884594-0, Fax 030/ 8825439, E-mail: Jan.Nill@ioew.de, Ulrich.Petschow@ioew.de

Umweltorientierte Studieninhalte in den Wirtschaftswissenschaften an deutschen Hochschulen

Integration auf dem Weg

Für die Umsetzung des Konzepts einer nachhaltigen Entwicklung tragen die Hochschulen eine besondere Verantwortung. Hier werden zukünftige Führungskräfte und damit Multiplikatoren ausgebildet. Eine umfassende empirische Analyse zeigt, dass in den Wirtschaftswissenschaften umweltorientierte Studieninhalte zunehmende Verbreitung gefunden haben. Dennoch bleiben Defizite bestehen.

Die Diskussion über die ökologischen Grenzen des Wachstums wird an deutschen Hochschulen schon lange geführt. Als Lösungspfad wurde das Konzept des Sustainable Development aufgezeigt. Dessen Umsetzung erfordert ein tiefgreifendes Umdenken in vielen Bereichen des menschlichen Handelns. Dies setzt, wie psychologische, pädagogische und umweltpolitische Forschungsarbeiten zeigen, Umweltwissen und Umweltbewusstsein voraus. Deshalb kommt der Umweltbildung, speziell auch der Lehre und Forschung an Universitäten und Hochschulen eine besondere Bedeutung zu. Hier werden zukünftige Führungskräfte ausgebildet, denen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss, weil sie

Von Kathrin Rheinländer und Matthias Kramer

zukünftig als gesellschaftliche Multiplikatoren für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Natur wirken.

Dies spiegelt sich auch in der im Rahmen der Agenda 21-Diskussion entwickelten COPERNICUS-Charta wider. Diese von vielen europäischen Universitäten unterzeichnete Absichtserklärung beinhaltet unter anderem ein Aktionsprogramm, welches insbesondere die inhaltliche Anreicherung der Lehre und Forschung um ökologische Aspekte anspricht (1).

Inwieweit sich dies auch in den Lehrveranstaltungen wiederfindet, wurde in einer Analyse der Umweltorientierung der Wirtschaftswissenschaften an deutschen Hochschulen erhoben (2). Dazu wurden umweltorientierte Lehrprogramme von 43 Universitäten, 3 Gesamthoch-

schulen und 19 Fachhochschulen hinsichtlich Art und Umfang der Integration umweltorientierter Studieninhalte untersucht. Erfasst wurden 89 Fächer mit Umweltbezug, welche wiederum für 104 verschiedene Studiengänge angeboten werden. Die unterschiedlichen Zahlen erklären sich dadurch, dass an einigen Hochschulen in den Wirtschaftswissenschaften mehrere Fächer mit Umweltbezug gelehrt werden, welche zum Teil wiederum mehreren Studiengängen offen stehen.

Somit können, obwohl die Analyse nicht auf einer Vollerhebung beruht, aufgrund der Vielzahl der untersuchten Hochschulen doch Tendenzaussagen getroffen werden. Diese betreffen

- die Art der Studiengänge, in die umweltorientierte Aspekte integriert wurden,
- die organisatorische Verankerung der entsprechenden Fächer im Studium sowie
- die konkreten Inhalte und darauf aufbauend Potenziale und Probleme.

► Vielfältige Formen und Inhalte

Eine ökologieorientierte Ausbildung im Wirtschaftsbereich erfolgt in Deutschland sowohl an den Universitäten als auch an den Fachhochschulen in sehr vielfältiger Weise. Sie wurde in den verschiedensten Studiengängen, zum Beispiel Betriebs- und Volkswirtschaftslehre, Wirtschafts-

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.